



# GÖTTINGER BLÄTTER

04.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► Russland wieder einmal am Pranger

**Die Unschuldsvermutung ist außer Kraft gesetzt.  
von Wolfgang Bittner, veröffentlicht auf: Linke Zeitung.de**

Die britische Premierministerin Theresa May kann hellsehen: „Höchstwahrscheinlich“ sei Russland für das Attentat auf den russisch-britischen Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter in Salisbury verantwortlich. Das habe eine Analyse des verwendeten Gifts ergeben, eines Nervenkampfstoffes, der früher in der Sowjetunion hergestellt wurde. Und sofort wird Mays Unterstellung von fast allen westlichen Medien übernommen. Es wird vermutet und angeklagt, obwohl nichts bewiesen ist. Wenn Theresa May Russland dann noch ein Ultimatum stellt, ist die Täuschung perfekt und die bislang im Recht aller zivilisierten Staaten geltende Unschuldsvermutung – in dubio pro reo – wird in ihr Gegenteil verkehrt.

In der New York Times heißt es unter der Überschrift „Wladimir Putins toxischer Arm“: „Die britische Premierministerin Theresa May gab das Ende eines Rätsels bekannt, das genau genommen kein Rätsel war (...) Der ‚willkürliche und rücksichtslose‘ Angriff auf Mr. Skripal war so entsetzlich, furchterregend und öffentlich wie möglich inszeniert worden. Er hatte eindeutig den Segen von Präsident Wladimir Putin.“

Aus der WELT ist zu erfahren: „Die Nato hat sich sehr besorgt über die Vergiftung des Ex-Spions Sergej Skripal und seiner Tochter gezeigt. ‚Der Einsatz von jeglichem Nervengas ist vollkommen inakzeptabel‘, teilte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit. US-Außenminister Rex Tillerson warf Russland am Montag eine Beteiligung an dem Fall vor.“

An anderer Stelle meldet die WELT: „Deutsche Außenpolitiker fast aller Fraktionen verurteilten den Nervengift-Angriff scharf.“ So der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich und der Grünen-Außenexperte Omid Nouripour, der den Giftanschlag als einen „Angriff auf ein EU-Mitglied“ ansieht, „der einer europäischen Antwort

bedürfe“. Nouripour: „Deswegen müssen die Außenminister der EU schnell zusammenkommen, um sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen.“ Der FDP-Außenexperte Alexander Graf Lambsdorff möchte „Großbritannien bitten, uns zu sagen, was es von seinen Verbündeten erwartet“.

Im Deutschlandfunk war bereits zu hören: „Die EU-Kommission hat Großbritannien im Fall des vergifteten Doppelagenten Unterstützung zugesagt.“

Es ist ein ekelerregendes Spiel mit dem Feuer, das sich die Propagandisten, die sich Politiker nennen, im Namen der Bevölkerung ihrer Länder erlauben. Putin, Putin, Putin. Angeblich ist er an allem schuld, soll sogar den Befehl erteilt haben, den Doppelagenten zu vergiften. Die Beschuldigungen sind an Absurdität und Perfidie nicht mehr zu überbieten. Kaum Gegenstimmen. Die sogenannten Qualitätsmedien sind – nicht erst in diesem Fall – nahezu auf ganzer Linie zu Sprachrohren einer verlogenen und kriegshetzerischen Politik verkommen. Ob Russland wirklich schuldig ist – was letztlich nicht ausgeschlossen werden kann – spielt überhaupt keine Rolle mehr. Russland soll schuldig sein und wird für schuldig erklärt.

Nur wenige Lichtblicke, aber es gibt sie immerhin: Der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Willy Wimmer, schreibt: „Das übliche Spiel gegen Russland, diesmal vor der Fußball-Weltmeisterschaft, soll aufgezogen werden. Am besten direkt vor der russischen Präsidentschaftswahl in wenigen Tagen (...) Theresa May besitzt noch die Unverfrorenheit, die EU und die NATO bei ausbleibenden Beweisen zu Salisbury ins Spiel zu bringen. So macht man im westlichen Szenario Kriegsvorbereitung, aber löst keine Kriminalfälle.“

Albrecht Müller, Ex-MdB und Herausgeber der NachDenkSeiten, ist der

### im Internet

www.goettinger-blaetter.de

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Böser Putin	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Landkreis Gö. glyphosatfrei?12	

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2018  
ist der 20. April.  
Auslieferung am 26. April.

## Der 1. Mai 2018

Der diesjährige 1. Mai wird nach der Demonstration wieder am Albaniplatz stattfinden. Vorgesehen ist – neben dem Hauptredner – auch ein Redebeitrag zum Thema „Industrie 4.0“. Während der Demonstration wird es ebenfalls einen „Kinderblock“ geben.

**10.00 Uhr** Treffen am Platz der Synagoge  
Demonstration zum Gänseliesel  
Dort Zwischenkundgebung  
Demonstration zum Albaniplatz  
**ab 11.00 Uhr:** 1. Mai-Fest auf dem Albaniplatz

Ansicht: „Wer diesen Anschlag verübt hat, ist ungewiss. Es ist alles möglich. Das kann von Russen verursacht sein. Dahinter können offizielle Stellen in Russland stecken. Es kann von westlichen Geheimdiensten arrangiert worden sein,

(...) weiter auf Seite 12



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ► Keine AfD in den Stiftungsrat!

**Die AfD-Fraktion im niedersächsischen Landtag will gegen ihren Ausschluss aus dem Stiftungsrat der niedersächsischen Gedenkstätten vor dem Staatsgerichtshof Klage einreichen. Das Vorhaben „diskriminiere die AfD“ und sei „verfassungswidrig“, erklärte der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, der die AfD-Fraktion bei ihrer Klage vertritt, im NDR-Fernsehen. Der Klageschrift des emeritierten Rechtsprofessors Schachtschneider, selbst Mitglied des Präsidiums des rechtsextremen Studienzentrums Weikersheim, werden trotz großem Tamtam nur sehr geringe Erfolgchancen vorausgesagt.**

Ende Februar 2018 hatte der niedersächsische Landtag gegen die Stimmen der AfD beschlossen, dass im Stiftungsrat nicht mehr alle in den Landtag gewählten Parteien vertreten sein sollen, sondern nur noch vier. Zu dieser Gesetzesinitiative hatten nicht zuletzt Proteste der Opferverbände geführt, die sich deutlich gegen eine Beteiligung der rechtsextremen AfD im Stiftungsrat positionierten. Auch die VVN-BdA hatte sich im Vorfeld der Landtagssitzung gegen eine Einbindung der AfD in den Stiftungsrat ausgesprochen.

Nachfolgend veröffentlichen wir die Stellungnahme des Geschäftsführers der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Dr. Jens-Christian Wagner, vom 12. Februar 2018 in Auszügen:

„Laut Stiftungsgesetz von 2004 steht jeder Landtagsfraktion ein Sitz im Stiftungsrat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten zu, damit auch der AfD. Darauf reagieren mehrere Überlebendenverbände mit großer Besorgnis. Entsprechende Schreiben haben die Stiftung von der World Federation of Bergen-Belsen Associations (USA), der Amicale des Anciens Déportés de Bergen-Belsen (Frankreich), vom Irgun Sh'erit Hapleta (Verband der Bergen-Belsen-Überlebenden in Israel)

und vom Center of Organizations of Holocaust Survivors in Israel erreicht. Die Sorgen gehen teils so weit, dass eine weitere Mitarbeit in Gremien der Stiftung bei einem AfD-Sitz im Aufsicht führenden Stiftungsrat in Frage gestellt wird. Deutliche Ablehnung hat auch das International Advisory Board der Gedenkstätte Bergen-Belsen formuliert, in dem renommierte Wissenschaftler\_innen aus acht Ländern vertreten sind.

Diese Sorgen müssen wir sehr ernst nehmen. Die Stiftung, in deren Trägerschaft sich u.a. die Gedenkstätte Bergen-Belsen befindet, hat den Auftrag, die Opfer der NS-Verbrechen zu würdigen und eine kritische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen sowie ihren Ursachen und Folgen zu fördern. Die AfD, in deren Reihen revisionistische, rassistische, antisemitische und den Holocaust verharmlosende oder gar leugnende Positionen mindestens geduldet werden, steht diesem Auftrag entgegen. Wer den deutschen „Schuldskult“ beklagt oder eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordert, hat in den Gremien der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten nichts verloren. Eine Mitgliedschaft der AfD im Stiftungsrat beschädigt den Ruf der Stiftung, die eng mit Opferverbänden in aller Welt zusammenarbeitet und sich seit ihrer Gründung 2004 bundesweit und international zu einem wichtigen und geachteten Akteur auf dem Feld der Forschung und Vermittlung zum Thema NS-Verbrechen entwickelt hat.

Es wäre falsch, die AfD zu ignorieren oder einfach nur rechts liegen zu lassen. Vielmehr müssen sich Politik und Wissenschaft – wie auch die Stiftung – inhaltlich mit ihren rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen auseinandersetzen. Dafür haben wir die besten Argumente, und eine direkte Auseinandersetzung mit AfD-Vertretern müssen wir nicht scheuen. KZ-Überlebenden möchte ich das aber nicht zumuten. Zudem muss die Auseinandersetzung mit der AfD und

ihren Positionen im öffentlichen Raum stattfinden. Der Stiftungsrat tagt aber nichtöffentlich. Zudem ist der Stiftungsrat nicht der Ort für politische Debatten; das ist laut Gesetz auch gar nicht seine Aufgabe. Vielmehr überwacht er die Geschäftsführung und beschließt den Haushalts- und Stellenplan.

### Änderung des Stiftungsgesetzes

Aus den genannten Gründen begrüße ich jede Regelung, deren Ergebnis es ist, dass die AfD im Stiftungsrat nicht vertreten ist. Wichtig ist zudem, dass der Stiftungsrat handlungsfähig ist.

Deshalb ist es gut, wenn die Zahl seiner Mitglieder begrenzt ist und wenn die Zahl der Vertreter der Legislative die der Exekutive (Kultusministerium, Finanzministerium, Justizministerium und Bundesbeauftragte für Kultur und Medien) nicht über steigt.

### Gespräch mit der AfD-Landtagsfraktion

Im Dezember 2017 habe ich auf Bitten der AfD-Landtagsfraktion ein Gespräch mit der Fraktionsführung über die Frage eines AfD-Vertreter s im Stiftungsrat geführt. Darin habe ich sie u.a. auf [...] aktuelle Vorgänge in niedersächsischen AfD-Gliederungen angesprochen, die dem Stiftungszweck zuwider laufen: [...]

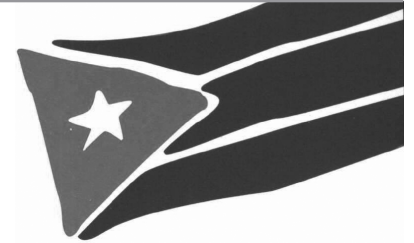
Hierzu habe ich der AfD gegenüber deutlich gemacht, dass von einem Stiftungsratsmitglied erwartet werden muss, dass es sich öffentlich von solchen Positionen distanziert und sie innerhalb seiner Partei bekämpft. Der Wille dazu ist in der Landtagsfraktion offenbar aber nicht vorhanden, wie zuletzt auch die Diskussion um Lars Steinke zeigt, der als Mitarbeiter in der Fraktion beschäftigt ist. Mit dem Unwillen, sich deutlich gegen rechtsextreme Bestrebungen innerhalb der eigenen Partei zu wenden, ist die AfD im Stiftungsrat nach meiner Überzeugung nicht tragbar.“

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlungen

- 10.4.18: - Beteiligung am 1. Mai  
- Veranstaltungen mit Volker Hermsdorf und verdi zu Kuba
- 30.6./01.7.18 in Göttingen: - Veranstaltungen mit Volker Hermsdorf und verdi zu Kuba



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## ▶ Trump wird bedrängt, die Hindernisse für Kubareisen aus dem Weg zu räumen

**Eine Koalition von 28 Reiseveranstaltern und Unternehmen aus den USA, die auf Bildungsreisen nach Kuba spezialisiert sind, forderte jüngst von Präsident Donald Trump, dass er die Beschränkungen für Reisen auf die Insel reduziere**

WASHINGTON – Eine Koalition von 28 Reiseveranstaltern und Unternehmen aus den USA, die auf Bildungsreisen nach Kuba spezialisiert sind, forderte jüngst von Präsident Donald Trump, dass er die Beschränkungen für Reisen auf die Insel reduziere.

Konkret ist von der Regierung der Vereinigten Staaten für Reisen nach Kuba Alarmstufe 3 ausgegeben. Empfohlen wird, „die Reise wegen ernster Sicherheitsrisiken zu vermeiden“.

Die Aktion fällt genau zusammen mit dem Umstand, dass ab heute, dem 5.

März, die US-Botschaft in Havanna mit der Minimalbesetzung läuft, die zwingend notwendig ist, damit unverzichtbare diplomatische und konsularische Funktionen noch ausgeführt werden können.

Diese Entscheidung Washingtons ist politischen Motiven geschuldet und steht in keinerlei Beziehung zur Sicherheit seiner Beamten, wie das kubanische Außenministerium mitteilt.

Über vier Millionen ausländische Besucher kamen 2017 nach Kuba und eine Ziffer oberhalb von 620.000 davon waren US-Amerikaner. Außerdem bekräftigte eine Delegation aus beiden US-Kammern, dass sich ihre Teilnehmer auf der Insel sicher gefühlt hätten, wohin sie im Übrigen mit ihren Familienangehörigen gekommen waren.

## ▶ Destination Kuba

**Trotz Reisewarnung und Trump-Verdikt: Immer mehr US-Bürger wollen die Insel besuchen. Kreuzfahrt-Reedereien erweitern ihr Angebot**

In den USA steigt die Nachfrage nach Kreuzfahrten mit Reiseziel Kuba weiter. Trotz verschärfter Sanktionen, neuen Einschränkungen der Reisefreiheit für US-Bürger und einer Reisewarnung der US-Regierung ist das Interesse am Besuch der nur 225 Seemeilen von Miami entfernten Insel so groß wie nie zuvor. Davon profitieren vor allem die großen Kreuzfahrtunternehmen mit Sitz in den USA, deren Geschäfte mit Kubatouren derzeit expandieren. Für die nächsten zwei Jahre haben die Reedereien bereits eine Ausweitung ihrer Angebote und neue Rekordzahlen angekündigt.

Wie die kubanische Parteizeitung Granma am vergangenen Mittwoch berichtete, bietet allein die in Miami ansässige »Carnival Cruise Line«, Tochter des weltgrößten Kreuzfahrtveranstalters, der britisch-US-Amerikanischen »Carnival Corporation & plc«, im kommenden Jahr 17 neue Fünftagestouren von der Metropole Floridas in die Karibik an, bei denen Havanna als erstes Ziel angelaufen wird. US-Präsident Donald Trump hatte im Juni 2017 zwar

die Möglichkeiten für individuelle Reisen von US-Bürgern drastisch eingeschränkt, Kreuzfahrten jedoch ausdrücklich von den neuen Reiseverboten ausgenommen. Die größte Insel der Antillen sei ein gefragtes Ziel und ihr Unternehmen sei froh darüber, den Kunden künftig mehr Angebote machen zu können, um »die faszinierende Insel« persönlich kennenzulernen, so die Präsidentin der Carnival Cruise Line, Christine Duffy. Die Reedereimanagerin widersprach damit auch einer »Reisewarnung« des US-Außenministeriums vom September letzten Jahres, derzufolge für Bürger der USA in Kuba »Sicherheits- und Gesundheitsrisiken« bestünden.

### Anlaufpunkt Havanna

Auch Michael Bayley, Präsident des weltweit zweitgrößten Kreuzfahrtunternehmens »Royal Caribbean Cruises« mit operativer Hauptzentrale in Miami, will von Washingtons Unterstellungen nichts wissen. »Seit wir 2017 zum ersten Mal Kuba im Angebot hatten, sind unsere Passagiere

von der Einfahrt nach Havanna begeistert. Und wenn das Schiff einige Tage später wieder ausläuft, schwärmen sie von der Stadt, ihrer Architektur, dem Essen, der Musik und vor allem von den Menschen in Kuba.« Gegenüber dem britischen Fachmagazin »Cruise Trade News« kündigte Bayley den weiteren Ausbau des beliebten Segments an. »Die positive Reaktion auf unsere Kubatouren ist für uns ein großer Ansporn, in diesem Bereich künftig mehr anzubieten«, erklärte er. Für den Zeitraum zwischen Januar 2018 bis März 2019 hat die Reederei ihr Angebot auf insgesamt 28 Kreuzfahrten aufgestockt, bei denen Häfen des Inselstaates angelaufen werden.

Mit acht neuen Abfahrten von Miami aus will auch der dritte Riese im Kreuzfahrtgeschäft, die »Norwegian Cruise Line Holding«, ebenfalls mit Sitz in Miami, an dem Boom teilhaben. Die »Regent Seven Seas Cruises«, eine Tochtergesellschaft der Holding, kündigte für die Saison 2019 und 2020 zunächst acht weitere Reisen an. Ihre Kreuzfahrtschiffe »Seven Seas Mariner« und »Seven Seas Navigator«, die zum Luxussegment der Branche zählen, sollen Havanna, Cienfuegos und Santiago de Cuba anlaufen. Die »Norwegian Cruise Line« hat den sozialistischen Karibikstaat seit Mai 2017 im Programm.



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [dkpgoettingende.wordpress.com](http://dkpgoettingende.wordpress.com), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

Pressemitteilung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

## ▶ Offene Diskussion, gemeinsame Aktion

**DKP will für Abrüstung aktiv werden, orientiert auf fortschrittliche Wende und bestätigt Vorsitzende**

Die Delegierten des DKP-Parteitag haben am Wochenende beschlossen, dass die Partei im kommenden halben Jahr mit einer Kampagne den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ unterstützen wird. Sie wählten erneut Patrik Köbele zum Vorsitzenden. Mit ihrer Vorstellung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt beschreiben die Kommunisten das Ziel, ein Ende der Offensive der Monopole zu erkämpfen.

Die Delegierten wählten Patrik Köbele, 56 Jahre alt, IT-Berater aus Essen, mit 85 % der Stimmen erneut zum Parteivorsitzenden. Wera Richter und Hans-Peter Brenner wurden mit 87 % bzw. 71 % als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Bei dem Parteitag, der vom 2. bis zum 4. März in Frankfurt am Main stattfand, waren 166 Delegierte mit einem Durchschnittsalter von 54 Jahren stimmberechtigt, 36 Prozent der Delegierten waren Frauen. Den Leitantrag des Parteivorstandes beschlossen die Delegierten bei 14 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen.

Im kommenden halben Jahr will die DKP 30.000 Unterschriften unter den Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ sammeln. Mit diesem Aufruf hatte sich im vergangenen November ein breiter Kreis von Persönlichkeiten gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO zur Aufrüstung ihrer Mitgliedstaaten gewandt. Die DKP-Mitglieder planen, bei Aktionen der Friedensbewegung, in ihren Stadtteilen und an ihren Arbeitsplätzen Unterschriften unter diesen Aufruf zu sammeln. Bis zum Pressefest der DKP-Zeitung UZ, das vom 7. bis zum 9. September in Dortmund stattfinden wird, soll die Arbeit mit diesem Aufruf einen Schwerpunkt der Parteiarbeit bilden. „Wer Frieden will, muss gegen die NATO-Aufrüstung kämpfen. Das werden wir als Kommunisten in den nächsten Monaten mit zehntausenden Freunden und Kollegen diskutieren und sie um ihre Unterschrift bitten.“ Rainer Braun, der für die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ ein Grußwort hielt, erinnerte daran, dass schon in den 80er Jahren der Beitrag der Kommunisten entscheidend für die Frie-

densbewegung war. Braun sagte, er hoffe, dass mit Beteiligung der DKP bis zum UZ-Pressefest im September 100.000 Unterschriften unter den Aufruf der Kampagne gesammelt werden könnten.

In der anhaltenden innerparteilichen Auseinandersetzung wollen die Delegierten es nicht länger hinnehmen, dass sich Mitglieder als besonderes „Netzwerk kommunistische Politik“ innerhalb der Partei organisieren. Den umstrittenen Beschluss, dass es mit der Mitgliedschaft in der DKP nicht vereinbar sei, zu diesem Netzwerk zu gehören, fassten sie bei 42 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen.

Die Delegierten machten deutlich, dass mit den Beschlüssen die offene Diskussion über die Strategie der Partei nicht beendet ist. Die DKP sieht die politische Perspektive im Kampf für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt, im Kampf dafür will sie alle Kräfte sammeln, deren Interessen im Widerspruch zur Offensive der Monopolkonzerne steht. Das hielten die Delegierten im Leitantrag fest, über den Hans-Peter Brenner sagte: „Wir haben eine Strategie formuliert, wie wir die Gesellschaft auf revolutionärem Weg verändern wollen – wer hat die schon? Aber dabei machen wir nicht Tabula Rasa, wir knüpfen an die bisherige Politik und Programmatik unserer Partei an.“

Mehrere Redner berichteten von den Kämpfen der Klinikbelegschaften für mehr Personal. Um zur Stärkung dieser und anderer gewerkschaftlicher Kämpfe beizutragen, beschlossen die Delegierten, die Arbeit in Branchengruppen zu verstärken. Neben der bereits bestehenden Branchengruppe „Gesundheit“, in der DKP-Mitglieder, die im Gesundheitswesen beschäftigt sind, Erfahrungen austauschen und Aktivitäten planen, beschloss der Parteitag auch die Bildung einer Branchengruppe für das Bildungs- und Erziehungswesen. Wera Richter schätzte ein: „Mit unseren Beschlüssen gehen wir kleine, aber wichtige Schritte, um die Arbeit der DKP in Betrieb und Gewerkschaft zu stärken.“ 90 Prozent der Delegierten ist Mitglied einer Gewerkschaft, knapp die Hälfte von ihnen hat

### Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

**MV Dienstag, 03. April, 20:00 Uhr**

Öffentlichkeitsarbeit und 1. Mai  
(Referent: Toto Lyna)

**MV Dienstag, 20. März, 20:00 Uhr**

Kein Thema bei Redaktionsschluss

**Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).**

Funktionen in Gewerkschaften, Betriebs- oder Personalräten.

Der kubanische Botschafter Ramón Rapoll richtete den Delegierten Grüße der Kommunistischen Partei Kubas aus. Ulrich Schneider betonte als Bundessprecher der VVN-BdA die Verbundenheit zwischen seiner Organisation und der DKP. Alice Bernard berichtete für die belgische Partei der Arbeit (PTB-PVDA) davon, dass ihre Partei in den letzten Jahren stark gewachsen ist und nun gefragt wird, ob sie nach der Parlamentswahl im kommenden Jahr in eine Regierung eintreten werde. Ihnen gehe es aber weder um Wählerstimmen noch um Ministerposten – „unser Ziel ist, den Kapitalismus zu zerschlagen und den Sozialismus aufzubauen. Wir werden das schaffen, weil wir Optimisten sind, weil wir Kommunisten sind.“ Außerdem verfolgten diplomatische Vertreter Chinas und Vietnams und Vertreter der Kommunistischen Partei Luxemburgs und der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande als Gäste die Debatte, der Vorsitzende der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Jan Meier, und der Vorsitzende des Rotfuchs-Fördervereins Arnold Schölzel hielten Grußworte.

Frankfurt a.M., 04.03.2018

Weitere Informationen, Referate und Dokumente zum Parteitag der DKP finden Sie unter [news.dkp.de](http://news.dkp.de).

Für Rückfragen und weitere Informationen wenden Sie sich bitte an [presse@dkp.de](mailto:presse@dkp.de).

# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► Gentrifizierung in Grone – da kommt keine Freude auf

### Das „kommunale Handlungskonzept für bezahlbaren Wohnraum“ und seine Folgen für Grone

Das Handlungskonzept der Stadt Göttingen könnte ein Grund zur Freude sein, denn es sieht vor, dass künftige Bauvorhaben eine Quote von 30% an Sozialwohnungen erfüllen müssen; also drei von 10 Wohnungen dürfen nur 5,60 €/qm kosten. Dies hat allen voran die Göttinger Linke immer wieder gefordert. Nun ist es beschlossene Sache und man könnte an vielen Orten der Stadt auf eine Zunahme an günstigen Wohnungen hoffen.

Nun sieht dieses Handlungskonzept allerdings Ausnahmen von der Quote vor. Es heißt dort: „Individuelle Vereinbarung zur Quote bzw. Ausnahmen sind beispielsweise bei überdurchschnittlich hohem Anteil von Transferleistungsbeziehenden (mehr als 10%) möglich“ (Punkt 1 a des Konzeptes).

### Grone: Eine einzige Ausnahme

Schauen wir uns nun Grone an, stellen wir fest, dass dieser Stadtteil leider wenig bis gar nicht von dem an sich erfreulichen Handlungskonzept profitieren wird. Dort leben viele Menschen, die auf Mietzahlungen der Grundsicherung angewiesen sind. Laut Einschätzung des größten Vermieters dort, der Adler AG, leben in dessen ca. 1100 Wohnungen rd. 50 % BezieherInnen von Transferleistungen.

Es mag ja sein, dass es - vom grünen Tisch aus betrachtet - sogar Sinn macht, mittels dieser Ausnahmemöglichkeit die zukünftigen Sozialwohnungen (mit den entsprechenden MieterInnen) auf das Stadtgebiet zu verteilen: Gern auch Sozialbau im Ostviertel. Und gern auch solvente MieterInnen in Grone.

Aber: Günstiger Wohnraum wird längst auch für „SelbstzahlerInnen“, sprich Normal- bzw. Geringverdienende, dringend gesucht, damit diese über die Runden kommen können. Wer kann sich Mieten von 10,- Euro/m<sup>2</sup> aufwärts leisten?

Es geht also längst nicht mehr nur um die absolut Mittellosen (Transferleistungsbeziehende) und deren „gerechtere“ Verteilung im Stadtgebiet. Es wird - auch in Grone, wo Investoren die Ausnahmemöglichkeit von der Quote nutzen werden -, bezahlbarer Wohnraum, nicht nur für Transferleistungsbeziehende, benötigt!

### Modernisieren für höhere Mieten

Außerdem bestehen handfeste Pläne der Adler AG, den vorhandenen Bestand derart zu modernisieren, dass die Mieten flächendeckend erhöht werden können. Dies ist objektiv das Gegenteil von Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Hier wird gezielt günstiger Wohnraum abgebaut; in großem Stil. Die Adler AG sagt ganz offen - und von der Stadtverwaltung unwidersprochen -, man plane für die „MieterInnen von morgen“. Damit sind gutverdienende junge Familien und solvente RentnerInnen gemeint.

Doch was wird aus den jetzigen MieterInnen, von denen ca. die Hälfte LeistungsbezieherInnen und die andere Hälfte zumeist Menschen sind, die sich teures Wohnen in anderen Stadtteilen nicht leisten können?

Die Modernisierungen der Adler AG werden nach eigenen Aussagen zu Mieterhöhungen von ca. 1,90 bis 2,00 Euro/m<sup>2</sup> führen. und die 200 Penthouse-Wohnungen, durch die Aufstockung der bestehenden Gebäude entstehenden, werden nicht unter 10 Euro/m<sup>2</sup> vermietet, eben an die o.g. „MieterInnen von morgen.“

Noch einmal: Was wird aus den MieterInnen von heute? Die Sozialdezernentin der Stadt Göttingen beantwortet die Frage so: Man könne mit der Adler AG aushandeln, dass für jede neu zu bauende, teure Wohnung bis zu 1,4 Wohnungen ihre bezahlbaren Mieten behalten. Wer

das nachrechnet findet heraus: Wenn 200 neue, teure Wohnungen gebaut werden, sichert die Adler AG bei knapp 300 Bestandswohnungen einen bezahlbaren Preis zu.

Und weiter: Was wird denn nun aus dem Rest, also den rd. 800 Mietparteien? Aber: Auch darauf hat die Sozialdezernentin eine spontane Antwort: Die können ja in kleinere Wohnungen ziehen!

Vielleicht sollte sich die Verwaltungsmenschen und die KommunalpolitikerInnen mal direkt in den Wohnungen in Grone umsehen. Sie würden feststellen, dass zahlreiche Familien eher beengt als „luftig“ wohnen - was die Sozialdezernentin eigentlich wissen könnte: Denn TransferleistungsempfängerInnen stehen nur eine begrenzte Quadratmeteranzahl zu. Wer soll da wie zusammengerücken, um die Mieterhöhung zu verkräften?

### Instandsetzung statt Modernisierung

Bei einer solchen Besichtigung des Wohnbestandes ließen sich auch die heute vorhandenen Mängel feststellen: Vom Schimmelbefall über Schäden an Heizungen, Fußböden, in den Fluren, an Fahrstühlen etc. Es müsste also vorrangig um Instandsetzung gehen, die allerdings nicht zu Mieterhöhung führen.

Im Zuge des Bauplanungsverfahrens der Adler AG in Grone soll mit der Stadt Göttingen ein städtebaulicher Vertrag geschlossen werden, der die angesprochenen Fragen regeln soll: Kann es durch engagiertes Verhandeln der Stadt gelingen, der drohenden Gentrifizierung und damit einhergehenden Vertreibung der jetzigen Mieterschaft zumindest entgegen zu wirken?

Lediglich das Ortsratsmitglied Hendrik Falkenberg und die Ratsfraktion der Göttinger Linken weisen unermüdlich auf diese Thematik hin. Die Ratsmitglieder der anderen Parteien und die Stadtverwaltung sind wohl zu weit weg von den Lebenswelten der MieterInnen der Adler AG, um die Gefährdung eines ganzen Stadtteiles ernst zu nehmen.

(bs/gs)



# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung:

Nächster Termin am Mo. 14. Mai!

## Jugendverband [‘solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

## Termine der Ortsverbände:

### OV Göttingen Jahreshauptversammlung:

Mittwoch, 11. April 2018, 19:00 Uhr, Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3

#### Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung, Protokoll, Mandatsprüfung
2. Bericht des OSR
3. Wahl des OrtssprecherInnenrates
  - 3.1. Wahl einer Wahl- und Zählkommission,
  - 3.2. Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung,
  - 3.3. Wahl der gemischten Liste
4. Arbeitsplanung des Ortsverbandes
5. Termine / Verschiedenes

### OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Dienstag, 10. April, 19 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 11. April 2018, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Wahl der Sprecher\*innen des OV.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Montag, 16. April 2018, 19 Uhr bei Sami's, Masch 23, Rosdorf

## Strömungen

### Ökologische Plattform Treffen:

Termin bitte bei Eckhard Fascher (vgl. rechte Spalte) erfragen.

### Treffen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Dienstag, 17. April, 17.30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

## Veranstaltungen:

### Anti-Kasten-Bewegung in Indien und International

Dienstag, 17. April, 19.30 Uhr im Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, Göttingen mit einem Vortrag von Bezwada Wilson, prominenter Aktivist aus der Anti- Latrinenreinigungsbewegung sowie den Podiumsteilnehmern Manuela Ott, Koordinatorin Dalit Solidarität und Thenmozhi Soundararajan, Gründerin Dalit History Month USA

### Informations- und Diskussionsveranstaltung Venezuela:

### Wirtschaftskrise und Kampf um Staat. Eine Zwischenbilanz vor den Präsidentschaftswahlen

Donnerstag, 19. April, 19:00 Uhr, ver.di Göttingen, Groner Tor Str. 32, 2. Etage mit Raul Zelik, Lateinamerikaexperte

## KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: [linksjugend-goettingen@web.de](mailto:linksjugend-goettingen@web.de)

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Kurt H. Saalman, Steinflurweg 21

37124 Rosdorf, Tel. 0171 - 166 57 81

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

#### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

[edgar.schu@goettinger-linke.de](mailto:edgar.schu@goettinger-linke.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

### AG Antifa:

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

### Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: [katja.sonntag@die-linke-goettingen.de](mailto:katja.sonntag@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club

### Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 9 - März 2018

## Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

### EDITORIAL

Etwas dezimiert durch die Grippewelle tagte der Kreistag Anfang März. Im Mittelpunkt der Debatte wie auch der Bürgerfragestunde stand die Schulpolitik, wo es insbesondere im östlichen Landkreis gerade um den Erhalt von Schulstandorten geht. Da die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag glücklicherweise sehr knapp sind, wurde von noch schlimmeren Entscheidungen dann in letzter Minute abgerrückt.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
 dielinke-goettingen.de/kreistag

### TOP 9 – Schließung der Kreismusikschule

Offiziell wurde dieser TOP „Sicherung der flächendeckenden Angebote an musikalischer Grundbildung im Landkreis Göttingen“ genannt. Beim Lesen der Vorlage rieb man sich aber die Augen, denn dort war zu lesen: „Die Verwaltungsleitung schlägt...vor, den Musikschulbetrieb bis zum 30.06.2022...fortzuführen und dann das Geschäftsfeld der Kreismusikschule in der KVHS gGmbH zu schließen. Den Beschäftigten ist am 01.01.2022 betriebsbedingt zu kündigen.“

Von den herkömmlichen Parteien kamen in der Debatte auch allerlei Beschwichtigungen, es werde kein Kind fallen gelassen und es werde auch nach 2022 noch ein gutes Angebot geben, sagte Frau Jacobi von der CDU.

Konrad Kelm wies darauf hin, dass das Defizit der Musikschule wie eine Monstranz vorweggetragen werde und auch gewollt sei, um Druck machen zu können. Unsere Gegenvorschläge halfen nicht, die Schließungs-Vorlage fand eine große Mehrheit.

### TOP 10 – Einführung eines Bürgerhaushaltes

Das Konzept eines Bürgerhaushalts, wie er von unserer Gruppe beantragt wurde, sieht vor, den Kreishaushalt transparent zu gestalten und die Bürger mindestens über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen zu lassen. Vertreter der übrigen Parteien gaben vor, nicht an ein ausreichendes Interesse der Bürger zu glauben. Wir jedenfalls werden uns auch in Zukunft für eine verbesserte Bürgerbeteiligung einsetzen.

### TOP 21 - Schulentwicklungsplanung

Um ihre eigene Strategie in der Schulpolitik abzufedern, hatten Mehrheitsgruppe und Verwaltung eine Elternbefragung durchgeführt, die aber aufgrund fragwürdiger Fragestellungen zu Ergebnissen geführt hatte, die den Elternwillen offenbar sehr ungenau abbildeten.

Hans-Georg Schwedhelm wies in seiner Rede darauf hin, dass bei der Elternbefragung nach der IGS (derzeit St. Ursula-Schule) gar nicht gefragt wurde. Die Schulform IGS sei für Duderstadt aber wichtig, um das Konzept eines „Inklusiven Campus“ umzusetzen.

Um diesem Defizit abzuhelpfen, hatte unsere Gruppe den Antrag gestellt, eine (ergänzende) Elternbefragung zur Einrichtung einer IGS in Duderstadt in der Stadt Duderstadt sowie den Samtgemeinden Gieboldehausen, Radolfshausen und Hattorf durchzuführen. Bei einem positiven Ausgang wäre das Ziel, am Standort der St.Ursula-Schule eine neue IGS einzurichten.

Lothar Koch (CDU) gab zwar zu Protokoll, sehr gute Erfahrungen mit der Schulform IGS gemacht zu haben und Lothar Dinges (FWLG) gestand der IGS eine Favoritenrolle für die Weiterentwicklung des Schulsystems zu, unterstützt wurde unser Vorschlag aber nur vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Tom Stiller.

Am Rande der Debatte wurde zudem auf den vom Kreisausschuss gefassten Beschluss zur Oberschule in Hattorf eingegangen. Dieser Schulstandort sollte ursprünglich in nichtöffentlicher Sitzung aufgehoben werden; nach massiven Protesten traf dies aber nur die dortige Außenstelle Wulfen – vorläufig jedenfalls, denn wenn die Mindestschülerzahl in Zukunft nicht erreicht wird, besitzt die Verwaltung schon jetzt einen Blankoscheck für die Schließung auch des Standortes Hattorf.

Auch in Badenhausen, ebenfalls im Altkreis Osterode, gibt es eine von Schließungsplänen bedrohte Oberschule. Die Entwicklung in diesem Bereich des Kreises wird wohl auch wieder unseren Widerstandswillen auf die Probe stellen.

### TOP 26 – Ausstellung „europäische Zwangsarbeit“

Die Ausstellung „Auf den Spuren europäischer Zwangsarbeit in Südniedersachsen“ hatte vor einigen Jahren in der BBS II eine – wie wir gehofft hatten – dauerhafte Bleibe gefunden. Nun trat die CDU mit dem Ansinnen hervor, sie doch besser aus der Stadt Göttingen zu entfernen und in das Museum Friedland zu integrieren. Hier sei, so Karin Wette von den Grünen, „eine größere Öffentlichkeit möglich“. Kris Runge (SPD) plädierte dafür, die Ausstellung an eine „historische Stätte“ anzugliedern. Für unsere Gruppe machte Hans-Georg Schwedhelm deutlich, dass der Eigentümer der Ausstellung – die Geschichtswerkstätten Göttingen und Duderstadt – überhaupt nicht gefragt wurde und dass es offenbar lästig sei, dass von uns regelmäßig ein Personalkostenzuschuss beantragt werde. Der „Rauschmiss“ aus der BBS II wurde dann mit großer Mehrheit beschlossen.

### TOP 35 – 39 – Neue Anträge unserer Gruppe

In die Fachausschüsse verwiesen wurden unsere neu eingebrachten Anträge zu Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität im Seeburger See, zur Neuauflage des Gedenkbuchs „Die jüdischen Bürger/innen im Kreis Göttingen 1933-1945“, zur Aufnahme von mehr geflüchteten Menschen im Landkreis Göttingen sowie zur Forderung nach einem glyphosafreien Landkreis Göttingen. Diese werden in der Kreistagsitzung im Juni abschließend beraten. Wir werden im nächsten Kreistagsinfo darüber berichten.

Aus formalen Gründen nicht zur weiteren Beratung zugelassen wurde unser Antrag, dem Verein Medinetz Göttingen einen Zuschuss zu gewähren. Dieser unterstützt Migrant/innen in medizinischen Fragen und vermittelt sie bei Bedarf an Ärzte.

### Was sonst noch wichtig war

Weiteres Thema der Debatte war die Erstellung einer Sozialstrategie für den Landkreis. Hier wurden unsere Verbesserungsvorschläge unisono zurückgewiesen. Außerdem wurde der Jugendhilfeausschuss umbesetzt. Unsere Gruppe ist dort nach dem Wegzug von Stine Rummel-Strebelow zukünftig durch Florian Lillpopp (Die Partei) aus Duderstadt vertreten.

## ► Schulschließungen statt Schulentwicklung?

### IGS als Schulform nicht gewünscht

Eines der zentralen Themen für DIE LINKE im Kreistag ist schon immer die Einrichtung neuer Gesamtschulen im Landkreis. Aktuell geht es dabei seit einem Jahr um den Erhalt einer IGS in Duderstadt, die die katholische Kirche aufgeben will und um deren Trägerschaft durch den Landkreis. Obwohl eine große Koalition aus SPD, CDU, Grünen und Freien Wählern sowie ihre Verwaltungsspitze genau dies nicht wollen, erzwang eine sehr aktive Elterninitiative politisches Handeln: Die Verwaltung hatte eine kreisweite Elternumfrage zur Schulentwicklungsplanung durchgeführt. Dabei konnte zwar die IGS als Wunschform angekreuzt werden, nicht aber die IGS Duderstadt, weswegen unsere Kreistagsgruppe auch den Fragebogen abgelehnt hatte.

Das Ergebnis zeigte erstaunlich wenig Unterstützung für die IGS als Schulform, verglichen mit früheren Umfragen wie 2012 zur Einrichtung einer IGS Münden bzw. auch dem aktuellen Anmeldeverhalten.

Die Verwaltungsspitze und die sie tragenden Parteien hatten aber offensichtlich das gewünschte Ergebnis erhalten. Dieses sollte wohl zur Legitimation dienen, es beim mehrgliedrigen Schulsystem außerhalb Göttingens und Bovendens zu belassen.

Knapp 30% der Eltern hatten bei den Fragebögen „ich weiß nicht“ oder mehrere Antworten angekreuzt, was große Unzufriedenheit bzw. ein Unverständnis des Fragebogens vermuten lässt. Immerhin bekannten sich aber aufgrund der Mobilisierung der Elterninitiative in Duderstadt und Gieboldehausen 220 Eltern handschriftlich zur IGS Duderstadt.

Da sich trotz der ungünstigen Fragestellung viele Eltern zur IGS Duderstadt bekannt hatten, stellten wir in Absprache mit der Elterninitiative den Antrag, eine Elternbefragung in Duderstadt, Gieboldehausen, Radolfshausen und Hattorf zur IGS Duderstadt durchzuführen. Trotz

des Drucks der Elterninitiative gab es aber lediglich vereinzelte Unterstützung aus anderen Parteien. Immerhin stellten in Duderstadt SPD und Grüne einen Antrag für die IGS Duderstadt, der von der CDU-Mehrheit abgelehnt wurde. Im Schulausschuss und Kreistag haben wir lediglich die Unterstützung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Thomas Carl Stiller, also eine deutliche Mehrheit gegen uns.

Demzufolge wurde unser Antrag im Kreistag abgelehnt. Es droht weiterhin die Schließung. Konkret bedeutet dies, in Göttingen und seinem Umland können Kinder eine IGS besuchen, in Münden, Eichsfeld oder dem Altkreis Osterode ist dies nicht (mehr) möglich.

### Schulschließungen im Altkreis Osterode geplant?!

Wie sich dann aber schnell zeigte, sollte die Elternbefragung auch als Legitimation dafür dienen, Schulen im Raum Osterode im Schnellverfahren zu schließen. Als erstes sollte es die Hattorfer Oberschule mit ihrer Außenstelle in Wulften treffen, als nächstes wäre dann die Oberschule Badenhausen (Bad Grund) an der Reihe. Entscheidend dabei: Die (Samt)Gemeinden Hattorf und Bad Grund wären dann ohne weiterführende Schule gewesen. Welche Auswirkungen eine solche Entwicklung hat, kann man gut in Adelebsen und Rosdorf sehen. An Schulen hängt eben auch lokale Infrastruktur. Und das Ganze sollte im Hauruckverfahren stattfinden: Statt üblicherweise etwa zwölf Tage wurde erst sechs Tage vor der Schulausschusssitzung am 22.2. die geplante Schließung der Hattorfer Schule bekannt gegeben. Hattorf sollte dann Außenstelle für Herzberg werden. In der bisherigen SPD-Hochburg Hattorf gab es einen Sturm der Entrüstung, zweihundert empörte Bürger\*innen kamen zur Schulausschusssitzung: Hier erlitten Dezernent Marcel Riethig und die ihn unterstützende SPD/Grüne/FWLG-Gruppe eine krachende Niederlage. Die gesamte

Opposition und alle hinzugewählten Bürger\*innen (Eltern, Gewerkschaft etc.) stimmten gegen die Schließung und für die Vertagung der Entscheidung.

Wer jetzt naiv war und glaubte, dies wäre es gewesen, wurde bald eines besseren belehrt: Die endgültige Entscheidung zur Schule sollte in nichtöffentlicher Sitzung im Kreisausschuss am 6.3. gefällt werden, obwohl auch noch ein Antrag unserer Gruppe vorlag, die Entscheidungen zur Schulentwicklung aufgrund des öffentlichen Interesses im Kreistag am 7.3. zu treffen. Ein laut Meinung der Kreisverwaltung juristisch korrektes Verfahren.

Zwischenzeitlich forderten der Hattorfer Samtgemeinderat und die Gemeinderäte in der Samtgemeinde allesamt einstimmig den Erhalt der Schule.

Entscheidend für das dann (einstweilige) Zurückrudern in Fragen der Schulschließung war aber die Drohung der Hattorfer SPD-Kreistagsabgeordneten, die Kreistagsfraktion zu verlassen, was den Verlust der Ein-Stimmen-Mehrheit im Kreistag zur Folge gehabt hätte. Dabei wurde folgendes beschlossen:

1. Die Oberschule Hattorf bleibt bestehen, solange die Schule zweizügig ist.
2. Die Außenstelle Wulften wird 2019 geschlossen. Bei Bedarf sollen Räumlichkeiten der Oberschule Herzberg genutzt werden. Damit ist zu rechnen, da die Hattorfer Schule nach Schließung der Außenstelle über zu wenig Räumlichkeiten verfügt.

Dieser Kompromiss mit der örtlichen SPD wurde von unserer Kreistags-Gruppe vor allem aufgrund der Schließung der Außenstelle Wulften abgelehnt. Das geplante Schnellverfahren wurde ausschließlich durch den drohenden Verlust der Mehrheit im Kreistag nicht so umgesetzt. Ob der Schulstandort Bad Grund erhalten bleibt? Auch hier versucht der Landrat die Gemüter zu beruhigen. Ist dem zu trauen?

Gerade in der Schulpolitik zeigt sich: Es entwickelt sich hier zunehmend eine Haltung der SPD-Verwaltungsspitze und von deutlichen Mehrheiten der sie tragenden Parteien, Einmischungen von Bürger\*innen sowie eine aktive politische Opposition mitsamt ihrer Anliegen als lästig bis überflüssig zu betrachten. ef



Presseerklärung DIE LINKE LV Niedersachsen vom 05.03.2018

## ► 100-Tage-Bilanz der Landesregierung Niedersachsen: Schwaches Bild

**Die Große Koalition hat bisher nichts zu Stande gebracht, außer Ankündigungen und eine Aufblähung der Ministerien mit neuen Koordinatoren und Referenten.**

Für den sozialen Wohnungsbau wurde bislang nichts unternommen. Eine spürbare Erhöhung der Investitionsmittel für Krankenhäuser, um etliche aus den roten Zahlen zu bringen, ist bislang nicht erkennbar. Bei der Frage der Landarztquote ist sich die Regierung nicht einig. Die Kitageldfreiheit ist ungeklärt, weil die Landesregierung die Kommunen mit heranziehen will, die dafür gar kein Geld haben.

Zur Stickoxyd-Belastung der Luft mit Dieselkraftstoff hat Wirtschaftsmister Althusmann die tolle Idee verkündet die Autoindustrie zu subventionieren statt sie für ihre Betrügereien und Luftverpestungen in die Pflicht zu nehmen, die Autos umweltgerecht zu produzieren.

Der Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion hat jetzt schon „intelligente“ Video-Überwachungen angekündigt, das heißt kombiniert mit Gesichtserkennungs-Software, damit er auf seinem Ziel des perfekten Überwachungsstaates näher kommen kann.

Am Plan überflüssige Autobahnen wie die A20 zu bauen, wird festgehalten. Die

den Milchbauern versprochene Prämie für die Haltung der Milchkühe auf der Weide soll nach dem Willen von Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast gestrichen werden, eine ganz erhebliche Belastung für die Milchbauern und eine falsche Steuerung für das Verbraucherverhalten.

An der Oberfläche sieht es so aus, als ob die Landesregierung geschlossen wäre. Weil versucht den Eindruck zu erwecken, dass alles wie geschmiert läuft. Im Hintergrund werden aber schon die Messer gewetzt. Es ist höchst zweifelhaft, ob die CDU bei anhaltend schwachen Umfragewerten für die SPD sich fünf Jahre lang von einem SPD-Ministerpräsidenten führen lassen will. Es kann deshalb zu vorzeitigen Neuwahlen gerade in Niedersachsen kommen. DIE LINKE wird das nicht fürchten. Bei der aktuellen Forsa-Umfrage vom 25.02.18 liegt sie bei 6 %.

*Hans-Henning Adler,  
Mitglied des Landesvorstandes  
<http://www.dielinke-nds.de/nc/politik/nachrichten/detail/browse/2/zurueck/aktuelles/artikel/100-tage-bilanz-der-landesregierung-niedersachsen-schwaches-bild/>*

## ► Kreismitgliederversammlung im März

Im Mittelpunkt der Kreismitgliederversammlung vom 15. März standen die Nachwahl zum KSR und ein Vortrag von Eckhard Fascher zum sozialökologischen Umbau.

In den KSR nachgewählt wurden Kristina Schulz und Sinan Özen. Kristina arbeitet seit rund zehn Jahren in der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik mit, etwa ebenso lange gehört sie dem Behindertenbeirat der Stadt Göttingen an. Sinan Özen studiert in Göttingen, ist Sprecher von solid Niedersachsen und in Göttingen. Dem Kreissprecherrat gehören damit zehn Personen an, nämlich außerdem Teresa Cruz Avellaneda, Britta Schmerling, Katja Sonntag, Marina Timofeeva, Oliver Preuss, Timo Rose, Edgar Schu sowie Volker Kühn als Schatzmeister.

In seinem Referat zum sozialökologischen Umbau wies Eckhard Fascher auf die globale Existenzbedrohung durch Klimawandel, Radioaktivität, die Erschöpfung von Rohstoffen und Metallen sowie die Naturzerstörung und deren zunehmende Vergiftung hin. Als Alternative sieht er einen ökologischen Sozialismus, der durch ein Wirtschaften in Kreisläufen mit einer demokratischen Kontrolle der

Produktionsabläufe und einen völlig neuen Lebensstil charakterisiert ist. Einerseits wäre ein vollständiger Bruch mit einem verschwenderischen individuellen Lebensstil notwendig, andererseits sollen die Grundbedürfnisse aller Menschen erfüllt werden. Dem widerspricht natürlich die kapitalistische Wachstumslogik.

Folgende Beispiele und Probleme wurden dann diskutiert: Zur Eingrenzung des Klimawandels und der weiteren Vermeidung von Radioaktivität, muss die Stromerzeugung komplett regenerativ erfolgen, was bedeutet, dass insgesamt deutlich weniger Strom verbraucht werden darf. Für den Verkehr bedeutet dies eine Umstellung vom Individualverkehr auf einen kollektiven Verkehr wie dem ÖPNV muss erreicht werden. Dessen Entgeltfreiheit ist ein wichtiger Schritt.

Durch eine öffentliche Kontrolle lässt sich der Ausbau der Windenergie besser steuern und umweltverträglicher gestalten. Es wird die Notwendigkeit gesehen über die Bedingungen des Ausbaus der Windenergie gesondert zu diskutieren.

In der praktischen Arbeit des Kreisverbandes und der Fraktionen gibt es zahlreiche praktische Aktivitäten wie der Einsatz für den Seeburger See. Edgar

Schu erklärte die ablehnende Haltung der Ratsfraktion zum Biowärmezentrum zum einem mit der Abgas- und Ressourcenbelastung durch die Holzvergasung, zum anderen mit fragwürdigen Aktivitäten der Betreiberfirma Boson Energy beispielsweise der PR-Kampagne für angeblichen Bio-Wasserstoff, welcher ein trojanisches Pferd für die Umstellung der Energieversorgung auf durch Atomenergie gewonnenen Wasserstoff sein könne.

Bei einem Wochenendseminar im Frühsommer soll weiter diskutiert und erste konkrete Schritte auf Kreisebene festgelegt werden.

Edgar Schu informierte über den Stand der Volksinitiative zur Einführung einer Vermögenssteuer. Am 7. März hatte hierzu in Hannover eine Auftaktveranstaltung stattgefunden. Der letzte Tag für das Einreichen der Unterschriften bei der Landeswahlleiterin ist der 12.10.18. Bis dahin müssen insgesamt 70.000 Unterschriften gesammelt werden, dies sind etwa 23 pro Mitglied. Ziel ist es bis zum 31.08.17, d.h. drei Wochen nach Beendigung der Sommerferien, die Unterschriften gesammelt zu haben

Die nächste Kreismitgliederversammlung soll dann im Mai in Herzberg zur Vorbereitung des Leipziger Parteitages am 8. bis 10. Juni stattfinden.



Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**

 Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:  
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

## ► Ein Kleinbus für La Paz Centro und der gute Mensch Theuvsen

Am 14. März meldete das Göttinger Tagblatt, dass der Verwaltungsausschuss der Stadt Göttingen auf Initiative der Ratsfraktion der Wählergemeinschaft Göttinger Linke der Finanzierung eines Kleinbusses zum Transport von Dialysepatienten in der Partnerstadt La Paz Centro in Nicaragua zugestimmt hat. Dies geschah gegen die Argumentation von Ratsherr Ludwig Theuvsen (CDU) und Frau Oldenburg von der FDP, die eher die Göttinger Tafel oder andere lokale Initiativen unterstützen wollten anstatt EUR 35.000 nach Nicaragua zu senden. „Der Rat soll keine Entwicklungshilfe leisten, und nicht die sozialen Probleme vor Ort ignorieren.“ Da muss man Herrn Theuvsen wohl dringend erinnern: Bürgerinnen und Bürger in Göttingens Partnerstadt La Paz Centro erkranken schwer, damit Göttinger Bürgerinnen und Bürger „Bio“-Sprit in ihre Autos tanken können. Die meisten Leute, die erkranken, arbeiten auf Zuckerrohrplantagen zur Produktion von Ethanol als Benzinzusatz in Europa. Wenn man es so sieht, ist die Spende noch nicht einmal eine humanistische Großtat, sondern eher eine Entschädigungszahlung. Es ist schon ziemlich unangenehm, wenn Herr Theuvsen hier die Armut der Einen gegen die Armut der Anderen ausspielt. So ärgern ihn nicht etwa die Milliarden Dividenden, die an Aktienbesitzer ausgeschüttet werden, es ärgern ihn nicht die niedrigen Kapitalertragssteuern oder auch die horrenden Summen für die Rüstung: Nein, Herr Theuvsen ärgert sich über 35.000 Euro, die – in einem Städtepartnerschaftsprojekt (!) – innerhalb eines humanitären Projektes an eine Stadt in einem der ärmsten Länder dieser Welt gegeben werden!

In bester Manier der Pegida oder auch der AFD schürt er den Neid derer, die durch die Politik seiner Klassengenossen sozial abgehängt sind. Nicht die Frage, warum es eigentlich immer mehr „Tafeln“ gibt, lässt ihn sich öffentlich äußern, sondern die Frage, warum todkranke Nierenpatienten Geld für einen Micro-Bus bekommen statt derjenigen, die in diesem Lande Hunger schieben müssen.

Ja, denjenigen, die auf die „Tafeln“ angewiesen sind, sollte geholfen werden – und das können die Parteifreunde von Herrn Theuvsen und Frau Oldenburg rela-

tiv schnell regeln: Abschaffung von Hartz IV, eine höhere Grundsicherung, höhere KdU-Sätze, vernünftige Finanzierung der Kommunen – bezahlt durch höhere Spitzensteuersätze – und schon benötigen die „Tafeln“ keine Zuschüsse mehr. Und warum ist der Exportweltmeister Deutschland nicht auch Weltmeister in sozialer Absicherung seiner Bürgerinnen und Bürger? Wieso kann eines der reichsten Länder der Welt nicht gewährleisten, dass alle ein menschenwürdiges Leben führen können ohne von „Tafeln“ abhängig zu sein. Alleine schon der Begriff ist zynisch. Nach dem Bedeutungswörterbuch des Duden ist eine Tafel ein „großer, für eine festliche Mahlzeit gedeckter Tisch“.

Herr Theuvsen aber baggert bei den niedrigsten Instinkten: Beim Neid! Da ist er nicht mehr weit entfernt davon, dass auch in Göttingen keine Speisen mehr an „Ausländer“ ausgegeben werden dürfen: Die sollen doch „zu Hause“ essen, was sie wollen! Ja, Herr Theuvsen befindet sich bereits in bester Nachbarschaft zur AfD.

Der Ärger über die Ratsmitglieder Theuvsen und Oldenburg soll aber nicht die Freude und Genugtuung darüber schmälern, dass eine Ratsmehrheit hier schnell in einem solidarischen Akt auf die akute Notsituation in La Paz Centro mit der Bereitstellung der 35.000 € für den Kleinbus reagiert hat. Es bleibt zu wünschen, dass die betroffenen Dialysepatienten, im wesentlichen Zuckerrohrarbeiter, durch diese Spende ermutigt werden, sich weiterhin für bessere Arbeits- und Gesundheitsbedingungen in ihrer Stadt einzusetzen. Dies ist

## Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

 Rotes Zentrum,  
 Lange Geismarstraße 2  
 37073 Göttingen  
 BACK ON WIRE: [www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
 E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)
**SprecherInnenkreis:**

 Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,  
 Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,  
 Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

**Kassierer:**

Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen**

 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)
**Fraktionsmitarbeiter:**

Udo Trost

**Öffnungszeiten des Büros:**

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

**Fraktionssitzung:**

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

**Mandatsträger:**

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)

Rolf Ralle

Edgar Schu

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 4. April, 19.00 Uhr**
**Neues Rathaus, Raum 1118**

 Thema: Antifaschistische Erinnerungskultur  
 in Südniedersachsen (siehe Kasten unten)

**Mittwoch, 16. Mai, 19.00 Uhr**
**Neues Rathaus, Raum 1118**

Thema: ÖPNV in Göttingen

 Gast: Michael Neugebauer, Geschäftsführer  
 GöVB

besonders jetzt wichtig, da es erste Ansätze unter den Betroffenen gibt, sich selbst zu organisieren.

## Antifaschistische Erinnerungskultur in Südniedersachsen

**Mittwoch, 4. April, 19.00 Uhr | Neues Rathaus, Raum 1118**
**Gast: Hans-Georg Schwedhelm, Kreistagsabgeordneter**

Stolpersteine, Gedenktafeln, Rundgänge - die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Südniedersachsen ist vielfältig, wird aber auch immer wieder in Frage gestellt. So ist aktuell die Ausstellung „Auf den Spuren der Zwangsarbeit in Südniedersachsen“, die in der BBS II zu sehen ist, von einem Rauswurf gefährdet. In Friedland soll sie eine neue Bleibe finden.

Im Kreistag wurde von unserer Gruppe nun die Neuauflage des Gedenkbuches „Die jüdischen Bürger/innen im Kreis Göttingen 1933-1945“ beantragt; um die Erinnerungskultur zu modernisieren, wird hierzu auch über die Einrichtung einer Datenbank nachgedacht.

Im kommunalpolitischen Arbeitskreis wollen wir uns einen Überblick über die aktuelle Situation der Erinnerungskultur verschaffen und Ideen zur Weiterentwicklung sammeln.

Wähler\*innengemeinschaft

**Göttinger Linke**  
 im Rat der Stadt Göttingen

# Ratsinfo

März 2018



Unser Ratsantrag vom 16.02.2018, der von allen Fraktionen, außer der CDU und FDP, mitgetragen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Generationen von Schülerinnen und Schülern der IGS Geismar aber auch aus anderen Schulen haben nun schon seit über 30 Jahren für die Menschen in der bitter armen Region von La Paz Centro gesammelt. Waren es anfangs reine Schulprojekte, setzt der Göttinger Verein seit Jahren nun vermehrt auf die Nutzung erneuerbarer Energien in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, der Trinkwasserversorgung armer Dorfgemeinden und der Klimaschutzarbeit. Aber auch durch ganz konkrete Erdbebenhilfe konnten durch Spenden an den Nicaragua-Verein initiiert, gefördert und geleistet werden. Heute nun ist schnelle Hilfe aus Göttingen sowohl von der Zivilgesellschaft als auch vom Rat der Stadt gefordert. Ende vergangenen Jahres erreichte uns die erschreckende Meldung aus La Paz Centro über die ständig steigende Anzahl insbesondere auch von jungen Menschen, die an Niereninsuffizienz erkranken. La Paz Centro nimmt nach Mitteilungen der staatlichen Gesundheitsbehörden den traurigen 2. Platz in der Todesstatistik von chronischen Niereninsuffizienz ein. Mittlerweile sind in der Region fast täglich Todesfälle zu beklagen.

Die Berichte von den vielen Patienten, die den Transport zur nächsten Dialysestation nicht bezahlen können, von fehlender Hilfe und Unterstützung durch das staatliche Gesundheitssystem, machen betroffen. Sie rütteln uns aber auch wieder einmal wach, über die ungleichen und ungerechten Lebensverhältnisse von Menschen auf dieser Welt nach zu denken und etwas dagegen zu unternehmen.

Neben der unverhältnismäßigen Armut der allermeisten Menschen in Nicaragua, trägt der exzessive und weitgehend unkontrollierte Einsatz von Pestiziden, Fungiziden und Insektiziden im Zuckerrohranbau und anderen Monokulturen zu den epidemischen Nierenerkrankungen in der Region von La Paz Centro bei.

Wir von Göttingen aus werden leider kaum die Schaffung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und ein Verbot des exzessiven Pestizideinsatzes erreichen können, was politisch gesehen an erster Stelle notwendig wäre und auf der Agenda aller demokratischen Parteien stehen müsste.

Aber wir können doch zumindest akute Nothilfe leisten. Wir können den vielen erkrankten Menschen ihre Lebensbedingungen dadurch ein wenig erleichtern, indem wir einen sog. Micro-Bus, der den kontinuierlichen Transport der Erkrankten zu den Dialysezentren gewährleistet, finanzieren. Wir meinen, dass es möglich sein muss den Betrag von 35.000 Euro aus den städtischen Haushalt aufzubringen.

Partnerschaften sind ja nicht nur als Schönwetterveranstaltungen mit gemeinsamen Kulturveranstaltungen und Feiern gedacht, sondern sie bewähren sich dann besonders wenn es darum geht einem Partner in einer konkreten Notsituation direkt und unbürokratisch zur Seite zu stehen.

Was einzelne Bürgerinnen und Bürger aus Göttingen jetzt schon kurzfristig an Spenden geleistet haben kann man nur als vorbildlich bezeichnen. Dennoch, jeder weitere Euro auch an privaten Spenden hilft vor Ort den Menschen ihre bedrückende Situation zumindest ein bisschen zu erleichtern. B

Bei aller Tragik der Situation ist es auch eine erfreuliche Tatsache, dass sich in La Paz Centro nunmehr eine Selbsthilfegruppe von Betroffenen gegründet hat, in der man sich gegenseitig stützt, informiert und versucht gemeinsam die Interessen der Erkrankten zu vertreten. Sie wird zurzeit u.a. unterstützt durch diverse Materialien z.B. zu Ernährungsfragen von medico international. Diese Selbsthilfegruppe ist unter dem Dach des Stammprojektes des Vereins „Casa de la Mujer angesiedelt und wird von der „alianza climatica“ administrativ unterstützt. Die alianza climatica ist uns als der zivilgesellschaftliche Teil der Klimapartnerschaft nicht unbekannt und war schon zu Gast hier im Rathaus. Der Göttinger Nicaragua-Verein hat bereits schriftlich zugesichert, dass keine weiteren Kosten für die Stadt entstehen. Er finanziert über seine Rücklagen das monatliche Gehalt des Chauffeurs und die Versicherung. Benzinkosten und die Wartung des Fahrzeugs werden von den Familien der Erkrankten durch eigene Aktivitäten und die Unterstützung der dortigen Bevölkerung aufgebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam, parteiübergreifend ein Zeichen der Solidarität setzen, indem wir die Finanzierung eines Kleinbusses zum kontinuierlichen und kostengünstigen Transport der erkrankten Menschen in die Dialysezentren zur Blutwäsche ermöglichen.

Bitte geben Sie dem Antrag Ihre Zustimmung.

## Kontaktdaten

### Fraktion Göttinger Linke

#### im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

[goeLinke-](http://goeLinke-)

[Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:Ratsfraktion@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do: 13:00 – 17:00 Uhr

## ► Landkreis Göttingen glyphosatfrei?

Auf der letzten Sitzung im Göttinger Kreistag wurde (gegen die Stimmen der CDU beschlossen), die Anwendung des Pestizids Glyphosat auf kreiseigenen Flächen zu verbieten. Das Verbot betrifft z.B. das Gelände um Schulen, Verwaltungsgebäude und entlang von Kreisstraßen. Darüber hinaus soll das Verbot auch bei Abschlüssen von neuen Pachtverträgen für kreiseigene Flächen gelten. Der Landkreis befindet sich damit in guter Gesellschaft mit weiteren 50 Kommunen im Bundesgebiet, die vergleichbare Beschlüsse gefasst haben.

Im Umweltausschuss des Kreistages soll nun ein weitergehender Antrag der Kreistagsgruppe aus Linken, Piraten und die Partei die Forderung behandeln, einen glyphosatfreien Landkreis zu schaffen. Dies wäre ein wichtiges Signal in der öffentlichen Diskussion, um den Druck auf die neue Bundesregierung zu erhöhen und endlich zu einem schnellen Ausstieg der Glyphosatanwendung zu kommen. Diesen Ausstieg hatte der letzte Bundesagrarminister Schmidt im November des vergangenen Jahres in einer Nacht- und Nebelaktion mit seiner Zustimmung zu einer Verlängerung der Zulassung um weitere fünf Jahre verhindert.

Das Mittel ist mit ca. 1,35 Mio Tonnen das weltweit meist verkaufte Totalherbizid und in Kombination mit entsprechend gentechnisch veränderten Kulturpflanzen

der große Gewinnbringer der Firma Monsanto. Dies hat dazu geführt, dass nun in einer international geführten Datenbank bereits 39 glyphosatresistente Unkräuter gelistet werden. In Deutschland werden ohne den Anbau von Genpflanzen etwa 4.000 Tonnen des Mittels verkauft. Es hat damit den höchsten Anteil aller hier angewendeten Pestizide (etwa 25%).

Dabei werden die Risiken der Anwendung von Glyphosat immer deutlicher. Der Streit um die mögliche krebserzeugende Wirkung des Pestizids zeigt die Schwächen des Zulassungsverfahrens, bei dem ausschließlich immer nur industrie-eigene Studien zur Risikobewertung geprüft werden. Diese Prüfung hat für die EU das deutsche Bundesamt für Risikoforschung vorgenommen und es als unbedenklich eingestuft. Im Gegensatz dazu hält die Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (IARC) das Herbizid Glyphosat beim Menschen für „wahrscheinlich krebserzeugend“.

Eindeutig nachgewiesen sind seit längerem die tödlichen Wirkungen auf eine Reihe von im Wasser lebenden Pflanzen und Tieren. Gegenüber Honigbienen hat Glyphosat zwar keine direkte tödliche Wirkung, aber es führt zu einer massiven Beeinträchtigung des Navigations- und Orientierungsverhaltens, was am Ende ebenso zu einem Zusammenbruch des Bienenvolks führt. Glyphosat hat mit

Sicherheit auch einen eigenen Anteil am Rückgang der Biodiversität von Blühpflanzen und damit auf den dramatischen Rückgang der Insektengesellschaften in Agrarregionen.

In Gebieten mit besonders intensiver Anwendung finden sich Glyphosat und seine Abbauprodukte immer häufiger in der Umwelt wieder. Die Universität Rostock konnte vor kurzem Rückstände in Bächen und Flüssen bis hin zur Ostsee nachweisen.

Der Deutsche Bauernverband hält das Herbizid trotzdem für unverzichtbar, obwohl Alternativen wie eine veränderte Gestaltung der Fruchtfolge und moderne mechanische Geräte zur Unkrautbekämpfung zur Verfügung stehen. Er hat die Verlängerung der Zulassung ausdrücklich begrüßt. Der Bayer-Konzern hat sogar sein Bedauern erklärt, dass die Glyphosatzulassung nur für fünf weitere Jahre gereicht hat. Wünschenswert wären 15 Jahre gewesen, „um den Landwirten in Europa weiterhin Zugang zu diesem wichtigen Herbizid zu ermöglichen“. Dahinter steht die Absicht, sich mit der Übernahme von Monsanto das Riesengeschäft mit Glyphosat zu sichern.

Es bleibt abzuwarten, ob die Anwendung in naher Zukunft tatsächlich verboten wird, wenn die neue Bundesregierung diesen Abschnitt im Koalitionsvertrag mal ernst nehmen sollte. Deshalb ist ein Beschluss des Göttinger Kreistages für ein glyphosatfreies Landkreises ein geeignetes Mittel, den Druck auf diese Entscheidung zu erhöhen. (cs)

---

### (...) Fortsetzung „Russland wieder am Pranger“ von Seite 1

um den Russen einen Mord unterjubeln zu können. Die britische Premierministerin versucht nun die Ursache dadurch festzuklopfen, dass sie von Russland ‚Erklärungen‘ verlangt. Damit ist für die Zuschauer vom heute Journal zugleich die Verantwortung für den Nervengift-Anschlag festgeklopft. Man bräuchte ja keine ‚Erklärungen‘, wenn nicht sicher sei, dass die Russen dahinterstecken usw.“

Auch der Journalist und Drehbuchautor Dirk Pohlmann, der schon mehrfach Geheimdienstoperationen untersucht hat, meint, es sei „nicht nur journalistische Pflicht, angesichts der Flut an unbewiesenen Anschuldigungen gegen Russland sehr gründlich und kritisch zu ermitteln und zu berichten“,

darüber hinaus sei die Frage zu stellen, wem dieser neue Kalte Krieg nütze. Pohlmann kommt in seinem höchst informa-

tiven Artikel zu dem Schluss: „Es riecht nach psychologischer Kriegführung und der Nutzung der westlichen Medien als Täuschungsinstrument. Es sind Methoden, die die westlichen Geheimdienste anders als die Russen virtuos beherrschen, auch wenn die dazulernen. Nach Jahrzehnten von False Flag Angriffen, vom Zaun gebrochenen Angriffskriegen und zusammengelogenen Regime Changes muss man nicht nur an den Absichten der führenden Politiker des ‚Freien Westens‘ zweifeln, man muss auch dem Führungspersonal der westlichen Medien die Frage stellen, ob sie wirklich unfähig sind, jemals dazuzulernen, oder wer in den Medien sehr genau weiß, was er tut.“

Wie wird es auf der Eskalationsleiter weitergehen – nicht nur im „Fall Skripal“? Erst einmal hat der russische

Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Unterstellung, Russland habe den Doppelagenten vergiftet, sei unsinnig. Zur Aufklärung des Anschlags sei man zu einer Zusammenarbeit bereit, fordere allerdings einen „kompletten Zugang zu den Ermittlungen und den Nervengiftproben“.

Eine vernünftige und deeskalierende Reaktion! Zu bezweifeln ist, dass die westliche Antirussland-Allianz darauf eingehen wird. Soeben sind die Sanktionen gegen Russland verlängert worden und England beabsichtigt, sie noch zu verschärfen. Albrecht Müller meint zum Fall Skripal: „So etwas geschieht nicht ungeplant und dahinter steckt eine wohl-durchdachte Strategie der Meinungs-mache.“ Der Abgrund rückt immer näher!

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen.